

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.,
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler,
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-
 wald G. Illies, Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg
 Wein. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
 Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 19. April. Der Reichskanzler hat unter dem 4. d. Mts. eine Zirkular-Verfügung erlassen, welche an sämtliche Konsuln des Reiches gerichtet sein soll und eine Frage regelt, die durch die Vorgänge in Samoa von großem aktuellen Interesse geworden ist; nämlich die Befugnisse des Kommandanten eines deutschen Kriegsschiffes bei an ihn gestellten Requisitionen im Ausland. Der „Hamburger Korrespondent“ ist in der Lage, den Wortlaut des Zirkulars wie folgt mitzuteilen:

Berlin, den 4. April 1889.

Durch Allerhöchste Ordre vom 19. v. M. hat der Abj. 4 des § 12 der „Instruktion für den Kommandanten eines von S. M. Schiffen oder Fahrzeugen vom 28. September 1872“ die aus der Anlage (S. u.) ersichtliche veränderte Fassung erhalten.

Danach ist der Kommandant eines Kriegsschiffes in Zukunft verpflichtet, auch seinerseits die rechtliche und politische Seite einer an ihn gestellten Requisition eines kaiserlichen Vertreters im Ausland zu prüfen, wenn letzterer seine Ermächtigung zu der fraglichen Requisition nicht durch Auftrag oder Instruktion des auswärtigen Amtes nachweist. Fehlt es an dieser Vorbedingung, so ist der Kommandant befugt, die Requisition bis zur Einholung höherer Entscheidung abzulehnen, falls er die Überzeugung des Konsuls von der Notwendigkeit bewaffneter Einschreitens nicht theilt.

Es ist damit nicht beabsichtigt, den Kommandanten die politische Verantwortlichkeit für die Folgen der Ausführung einer Requisition zu übertragen. In der Befugnis, Requisitionen des örtlichen Konsulats-Beamten auch ihrerseits auf ihre rechtliche und politische Angemessenheit hin zu prüfen, ist nur eine erhöhte Sicherheit gegen Gefahren gesucht worden, welche die kritische Annahme und Ausführung von Requisitionen zur Folge haben kann.

Veranlaßt ist diese Allerhöchste Anordnung zunächst durch den kürzlich in Samoa vorgekommenen Fall, daß wir durch eine unautorisierte konsularische Requisition und deren unbeachtliche Ausführung nicht nur schwere Verluste an Menschenleben und gesteigerte wirtschaftliche Schädigungen der Deutschen auf Samoa erlitten haben, sondern auch die Gefahr erster Zerküpfungen mit befreundeten Mächten entstanden ist, ohne daß zwingende oder ausreichende Gründe für das Einschreiten der bewaffneten Macht vorgelegen hätten.

Zur Vermeidung jeden Mißverständnisses bemerke ich, daß die Berechtigung des kommandierenden Offiziers zur Ablehnung einer, ihm nicht hinreichend motiviert oder autorisiert erscheinenden Requisition nichts an der alleinigen Verantwortlichkeit der kaiserlichen Vertreter für das Stellen der Requisition ändert. Die politischen Vertreter des Reiches haben sich stets gewarig zu halten, daß die Anwesenheit kaiserlicher Kriegsschiffe keinen Anlaß geben darf, andere als völlerrechtlich und vertragmäßig begründete Ansprüche an Unterthanen oder Behörden befreundeter Regierungen zu stellen.

ges. v. Bismarck.

Die oben erwähnte Anlage lautet:

„Die Kommandanten der kaiserlichen Kriegsschiffe handeln, sofern nach Lage des konkreten Falles der vorherige Verzicht mit einem kaiserlichen Vertreter möglich ist, nur auf Antrag des letzteren, soweit er seine Ermächtigung zu der fraglichen Requisition durch Auftrag oder Instruktion des auswärtigen Amtes nachweist, oder Gefahr für das Leben und Eigentum von Reichsangehörigen im Bereiche liegt. Fehlt es an diesen Vorbedingungen, so ist der Kommandant auch seinerseits zur Prüfung der rechtlichen und politischen Seite der Requisition verpflichtet und ist befugt, die Requisition abzulehnen. In allen anderen Fällen tragen die Kommandanten selbst lediglich die militärische Verantwortlichkeit für die Ausführung einer angenommenen Requisition und haben dann ihrerseits nur die materielle Ausführbarkeit derselben zu prüfen und für die Wahrung der einmal engagierten Ehre der kaiserlichen Kriegsschiffe einzustehen. Zur Führung von Verhandlungen mit den Landesbehörden, beziehentlich mit den Häuptern ungelieferter Völlerchaften sind die Kommandanten nur da befugt, wo es eine regelmäßige kaiserliche Vertretung nicht gibt.“

Von dem Weisbuche über Samoa ist ferner dem Reichstage eine Fortsetzung zugegangen. Dieselbe enthält zwei Altentwürfe, nämlich den Bericht des kaiserlichen Konsuls Dr. Knappe in Apia vom 26. Februar, und den Erlaß des Reichskanzlers an den kaiserlichen Generalkonsul Dr. Stübel in Apia vom 16. April.

Der Bericht des Konsuls Dr. Knappe schildert den Verlauf der Verhandlungen mit den Aufständischen und enthält Ausführungen über die am 19. Januar erfolgte Erklärung des Kriegszustandes und die den Aufständischen gegenüber gestellte Forderung, daß die Verwaltung Samoa's auf Deutschland übergehe. Sodann wird über die Lage in Samoa berichtet.

Konsul Knappe hatte bereits unter dem 23. Januar telegraphisch gemeldet, er habe Kriegszustand in Samoa erklärt und Fremde dem Kriegszustand unterworfen, hierauf habe der englische Konsul eine Proklamation erlassen, daß britische Unterthanen ausschließlich unter britischer Gerichtsbarkeit ständen. Ferner hatte Herr Knappe in dem Telegramm berichtet, er habe bei den Verhandlungen mit den Aufständischen Übergabe der Waffen, Auslieferung der Mädelstämme und Übernahme der Verwaltung von Samoa durch Deutschland gefordert.

Auf dieses Telegramm, welches am 31. in Berlin eintraf, erging der folgende, in einer Anmerkung zu dem Knappe'schen Bericht mitgeteilte telegraphische Erlaß:

Telegramm.

Berlin, den 31. Januar 1889.

Folgendes an Konsul in Apia zu übermitteln. Unter Bezugnahme auf Telegramm vom 23. Januar bemerke ich, daß Ihnen kein Recht zu steht, Fremde der Gerichtsbarkeit ihrer Konsuln zu entziehen. Der Widerspruch Ihrer englischen Kollegen gegen die getroffenen Maßnahmen ist begründet. Bei Konflikten, welche aus diesem Anlaß entstehen, würden Sie sich im Unrecht befinden. Die von Ihnen gestellte Forderung, betreffend Übernahme der Verwaltung Samoa's durch Deutschland, liegt außerhalb Ihrer Instruktionen und unserer Ziele. Nehmen Sie dieselben alsbald zurück. Abgesehen von Auslieferung der verbrecherischen Angreifer ist keine Forderung zu stellen, zu der Sie nicht ermächtigt sind. Falls Ihr Telegramm hier richtig verstanden wird, kann ich Ihr Verhalten nicht gutheißen.

Deutsches Konsulat Ausland.

Der Erlaß des Reichskanzlers an den Generalkonsul Dr. Stübel, aus welchem der Inhalt des Knappe'schen Berichts ersichtlich ist, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 16. April 1889.

Mit Bezug auf den Bericht des Konsuls Knappe vom 26. Februar d. J. über die Lage auf Samoa bemerke ich zu Ihrer Information, daß die darin enthaltenen Ausführungen das Vorgehen des Konsuls während der dortigen Unruhen nicht rechtfertigen. Es bleibt die bedauerliche Tatsache bestehen, daß Konsul Knappe ohne höhere Ermächtigung, ohne zwingende Gründe und ohne Maßregeln des Erfolges am 17. Dezember d. J. militärische Maßnahmen herbeigeführt hat, deren Folgen sich in dem Verlust an Menschenleben vom 18. Dezember, in der unerwünschten Veränderung der Lage unserer Mission auf Samoa und in der Gefährdung des Friedens mit Amerika darstellen. Hätte Konsul Knappe seine Requisition vom 17. nicht erlassen, so könnte der, nicht gerade befriedigende, aber doch erträgliche Zustand, wie er vorher war, noch heute bestehen. Die den fremden Vertretern amtlich mitgeteilte Ansicht des Konsuls Knappe, die Truppen Mataafa's und später auch die von uns anerkannten Souveräne Tamase'e zu entwaffnen, lag außerhalb der Instruktion und Machtvollkommenheit des Konsuls und war mit der geringen und noch getheilten Mannschafft, welche dazu verwandt wurde, militärisch nicht ausführbar.

Was die Verhandlungen mit Mataafa betrifft, so stehen die Angaben des vorliegenden Berichts nicht im Einklang mit früheren Berichten. Unter dem 31. Januar d. J. hatte Dr. Knappe gemeldet, daß er sich bemüht habe, eine Unterredung mit Mataafa herbeizuführen und die Hauptlinge umzustimmen, daß jedoch geringe Hoffnungen auf Nachgiebigkeit seitens der Aufständischen vorhanden sei. In dem vorliegenden Bericht dagegen wird angeführt, die Hauptlinge hätten eine Annäherung gesucht und sich zur Unterwerfung geneigt gezeigt. Auch wenn eine solche Disposition jener Hauptlinge ernstlich bestanden hätte, so ist nicht ersichtlich, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen hätten führen können, da über Mataafa's Stimmung, auf welche es in erster Linie angekommen wäre, an der betreffenden Stelle des Berichts nichts gesagt ist. Selbst wenn die anderen rebellischen Hauptlinge aber die von Herrn Knappe ohne diesseitigen Auftrag gestellte Forderung angenommen hätten, daß die Verwaltung der Samoa-Inseln und die politische Vertretung nach Apia auf Deutschland übergeben sollte, und wenn Tamase'e dem zugestimmt hätte, so würde die Lage dieselbe geblieben sein, da die notwendige Zustimmung der Vertragsmächte zu einer solchen Veränderung der politischen Verhältnisse nicht vorhanden war. Wenn wir mit Samoa allein und nicht mit den beiden anderen Mächten zu rechnen hätten, so wäre die Situation überhaupt keine schwierige. Der von Dr. Knappe gemachte Unterschied, daß er seine Forderungen nicht formell gestellt hätte, ist unwesentlich und ändert nichts an ihrer Tragweite und seiner Verantwortlichkeit; auch die nicht formell gestellte Forderung war unautorisiert, widersprach den Intentionen der kaiserlichen Regierung und mußte auf unsere Stellung zu den Vertragsmächten und damit auch auf unsere Gegner in Samoa eine unerwünschte Rückwirkung ausüben. Es genügt daher nicht, daß Konsul Knappe seinem englischen Kollegen „vertraulich eröffnete“, daß die Übernahme der Verwaltung Samoa's durch Deutschland, nach Inhalt erhaltener Instruktion, außerhalb der Abhaltung der kaiserlichen Regierung liegt. Diese Mitteilung hätte vielmehr an beide Konsulate öffentlich und amtlich erfolgen müssen, in gleicher Weise, wie wir diese Forderung des Konsuls Knappe der englischen und amerikanischen Regierung gegenüber amtlich desavouiert haben.

Die Angabe, daß die Anhänger Tamase'e's „in treuer Ergebenheit der Befehle der deutschen Regierung harrten“, beweist, daß Dr. Knappe sich bis zuletzt unser Verhältnis zu den Samoanern nicht klar gemacht hat. Wir haben denselben nichts zu befehlen, soweit es sich um Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten handelt, und kein Bedürfnis, die Ordnung der letzteren zu übernehmen. Unsere Aufgabe beschränkt sich darauf, die Reichsangehörigen zu schützen und denselben eine geordnete Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu ermöglichen.

Die Möglichkeit, welche Dr. Knappe der Ernennung eines Loosens für amerikanische und englische Schiffe beilegt, ist mir nicht verständlich. Die Tatsache dieser Ernennung und die Publikation derselben in einer samoanischen Zeitung sind alltägliche Vorgänge. Der englische und der amerikanische Konsul haben die freie Befugnis, jeden beliebigen Loosens für Schiffe ihrer Flagge zu ernennen und haben damit weder gegen uns, noch gegen die von England und

den Vereinigten Staaten nicht anerkannte Regierung Tamase'e's gefehlt.

Was die von Dr. Knappe veranlaßte Erklärung des Kriegszustandes und die Ausdehnung desselben auf die in Samoa anwesenden Fremden betrifft, so verweise ich wiederholt auf die völlerrechtlichen Gesichtspunkte, welche in meinem über Hochwohlgeborenen bekannten Schreiben an den stellvertretenden Chef der Admiralität vom 5. Februar d. J. entwickelt sind.

ges. v. Bismarck.
 Seiner Hochwohlgeborenen dem kaiserlichen Generalkonsul Herrn Stübel in Apia.

Im Palais Kaiser Wilhelms I. hat die Kaiserin Augusta das kleine Gemach, welches zwischen dem Sterbezimmer und dem großen Vorzimmer vor des Kaisers Gemächern liegt und das in den letzten Stunden des Kaisers Wilhelm durch die geöffnete Thür mit dem Sterbezimmer vereinigt war, in eine Gebetsstätte verwandelt lassen zu gottesdienstlichem Gebrauche im engsten Familienkreise. An der Wand, dem auf den Bibliothekshelfer gehenden großen Fenster gegenüber, wurde, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet, eine Nische hergestellt mit einem romanischen Zickzackbogen, der von Säulen in imitiertem, rothem Marmor getragen wird. Die Holztäfelung über der Altarfläche trägt die Inschrift: „Gloria patri, filii et spiritus sancti.“ Zu beiden Seiten der Säulen zieht sich eine Malerei in matten Gold auf das Kreuz in bläulicher Umrandung. Ein großes Kreuzifix füllt die Nische; zu beiden Seiten des Kreuzes stehen Engel in langen Gewändern, jeder hält auf blankem Leuchter eine Kerze. Zu beiden Seiten sind Wäfen angebracht mit Strahlen von Kornblumen. Durch schwere Balustraden in Eisenholz ist der Altarraum vom übrigen Raume abgetrennt. Vor der Mitte der Deckung ist die mit dunkelrothem Plüsch bezogene Abendmahlsbank angebracht. Das Tageslicht wird in die Kapelle durch ein großes Fenster aufgenommen von weißem, matten Glase mit einer farbigen Einfassung in romanischem Stile. An den Wänden laufen schmale Bänke mit dunkelbraunem Lederpolster umher. Der Raum ist so knapp, daß für ein den Gottesdienst begleitendes Harmonium kein Platz vorhanden war. Man mußte es außerhalb der Kapelle anbringen, und dann alle Glitter, durch welches die Töne herein dringen können. Ueber der Eingangstür zum Sterbezimmer befindet sich das Haupt des Kaisers in mattsilbernen Profilrelief auf dunklem Sammetgrund, umrahmt von einem Vorberzweig.

Eine Ausdehnung der parlamentarischen Sessionen über Ende Mai hinaus wird in Abgeordnetenzirkeln für unmöglich erklärt und auch die Regierung dürfte darauf nicht dringen. Der Reichstag ist seit 22. November verammelt und die Session wird sonach auf alle Fälle wieder einen ungewöhnlich großen Umfang annehmen. Inzwischen glaubt man, wie die „National-liberale Revue“ feststellt, in den noch zur Verfügung stehenden vier Wochen sowohl die Invalditätsvorlage, als die Straßengesetzesvorlage erledigen zu können. Was das Abgeordnetenaus betrifft, so erscheint eine Ausdehnung der Session über Pfingsten auch hier als ausgeschlossen. Ob der Gesetzentwurf über die Verwendung der Sperrgelder noch vorgelegt werden wird, scheint immer noch nicht festzustehen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Leitartikel über die kirchliche Lage Bayerns. Alle unbefangenen Stimmen dort bezeichnen das Memorandum als einen „Fehler“, wobei die bayerischen Bischöfe vielleicht einem Druck von Oben oder von Unten nachgegeben hätten. Auf eine Zustimmung der Regierung konnten sie nicht rechnen. Letztere bewies einzelnen Bischöfen des Memorandums eine unbefangene ja wohlwollende Erörterung. Die kirchliche Presse Bayerns, unterstützt von der Berliner „Germania“, beweist durch ihre Haltung nicht nur eine mangelnde politische Klugheit, sondern auch, daß es ihr nicht sowohl um eine Befriedigung des Volkes, als um die Agitations-erhaltung zu thun ist.

In der Zahl der Rechtsanwälte sind nach den amtlichen Veröffentlichungen des „Reichsanzeigers“ im 1. Quartal folgende Veränderungen eingetreten: Bei den Amtsgerichten sind 63 Eintragungen erfolgt, denen 21 Löschungen gegenüberstehen. Von den Eintragungen entfallen 53, von den Löschungen 13 auf Preußen. Von den preussischen Oberlandesgerichtsbezirken hatten bei Amtsgerichten die meisten Eintragungen Köln mit 12, Kammergerichte und Naumburg mit je 7, Hamm mit 6 und Breslau sowie Posen mit 5; Löschungen kamen nicht über 4 (Kammergerichte) vor. Bei den Landgerichten erfolgten 66 Eintragungen und 42 Löschungen; davon entfallen 47 Eintragungen und 27 Löschungen auf Preußen. Eine Verminderung der landgerichtlichen Anwälte hat stattgefunden in den Oberlandesgerichtsbezirken Kiel, Dresden, Karlsruhe und Augsburg um je 1 und Rastatt um 3. Bei den Oberlandesgerichten haben 4 (in Preußen 1) Eintragungen und 8 (4) Löschungen stattgefunden. Beim Reichsgericht ist eine Eintragung erfolgt. Es ergibt sich hiernach, daß die Zahl der amtsgerichtlichen Anwälte im Reich um 42 (in Preußen ebenfalls um 42) und die der landgerichtlichen um 24 (in Preußen um 20) gestiegen, die der Anwälte an höheren Gerichten dagegen um 3 (in Preußen um 3) abgenommen hat. Zieht man 12 Doppel-Eintragungen und 4 Doppel-Löschungen ab, so ergibt sich eine Zunahme der Anwälte im 1. Quartal d. J. um 55, davon allein in Preußen um 54. Beim Reichsgericht 1 in Berlin haben 12 Eintragungen und 5 Löschungen von Anwälten stattgefunden.

Man schreibt aus Petersburg unter dem 14. April: Als unlängst der bekannte Staatsmann Graf Peter Schuwalow starb, eiferte die panslawische Presse über die angeblich antirussische Tätigkeit des hochverdienten Diplomaten und namentlich griff ihn die „Nowoje Wremja“ in einem äußerst heftigen Artikel an, der noch dadurch einen besonders heftigen Anstrich bekam, daß er gerade am Begräbnistage des Grafen erschien. Unmittelbar darauf verurteilten aber mit einem Schlage diese Angriffe und später erst trat es zu Tage, was der Anlaß dieses erbitterten Schwärmens war. Der Kaiser, der als Thronfolger ein Gegner des Grafen gewesen war, aber in den letzten Jahren dessen Verdienste zu würdigen gelernt hatte, war über die Angriffe auf einen so hochstehenden Staatsmann und besonders über jenen Aufsatz der „Nowoje Wremja“ entrüstet und befohl die Bestrafung. Generaladjutant Ischerewin theilte noch am selben Tag diesen kaiserlichen Befehl von Gatschina aus durch Fernsprecher dem Vorgesetzten der Oberprokuratorialkammer mit. Dieser beauftragte sofort die Mitglieder der Prokuratur, zu denen u. A. auch der Redakteur der „Pravditschennaja Wjesnik“ (Regierungsbote) Danilewski gehört, und man kam überein, der „Nowoje Wremja“ die dritte Verwarnung zu erteilen, welche ein längeres oder vollständiges Verbot des Blattes zur Folge gehabt haben würde. Dieser Befehl ging an die vorgesetzte Behörde, d. h. an den Minister des Innern Graf Tolstoi. Als folgendes Tages weiter gar nichts über die Angelegenheit bekannt wurde, telephonirte Generaladjutant Ischerewin an Danilewski, ob er denn noch nicht den Wortlaut der Bestrafung der „Nowoje Wremja“ zur Aufnahme in den Regierungsbote zugesandt erhalten hätte, was Danilewski verneinte. So vergingen mehrere Tage, bis es endlich nicht mehr anging, nachträglich eine Bestrafung zu verhängen. Der Befehl der Oberprokuratorialkammer war, wie sich später herausstellte, durch selbstständiges Eingreifen des Grafen Tolstoi zurückgehalten und die „Nowoje Wremja“ gerettet worden.

Ueber die völlige Begnadigung eines schwer belasteten Nihilistenführers und dessen Gegenleistungen an die russische Regierung wird der „Schles. Ztg.“ aus Petersburg geschrieben:

Unlängst hat der Nihilismus dadurch eine empfindliche Störung seiner Tätigkeit erfahren, daß einer der hervorragendsten Nihilistenführer, Tichomirov, seinen Frieden mit der Regierung geschlossen und dabei die wichtigsten Aufklärungen gegeben hat. Tichomirov hatte zur Zeit Kaiser Alexanders II. in der nihilistischen Bewegung eine große Rolle gespielt, war an mehreren Verbrechen, namentlich auch an der Ermordung des Kaisers beteiligt, konnte sich jedoch rechtzeitig ins Ausland flüchten, wo er, in der Schweiz und in Paris lebend, im engsten Zusammenhang mit dem nihilistischen Treiben blieb. Sei es nun, daß er die Auslöslichkeit der nihilistischen Verbrechen erkannte, sei es, daß andere Ursachen mitwirkten, kurzum, Tichomirov faßte den Entschluß, aus der Bewegung zurückzutreten. Zu diesem Zweck veröffentlichte er in Paris eine Flugchrift über den Nihilismus, von welcher, obwohl sie anonym erschien, die russische Polizei im Ausland doch genau wußte, daß Tichomirov der Verfasser war. Diese Flugchrift verrieth eine genaue Kenntnis der Verhältnisse wie der Persönlichkeiten, und man konnte auch zwischen den Zeilen lesen, daß der Verfasser nicht abgeneigt sei, unter Umständen nähere Angaben zu machen. Agenten der russischen Geheimpolizei traten mit ihm in Verbindung und im Laufe der Verhandlungen stellte Tichomirov seine Bedingungen, deren wichtigste die vollständige Straflosigkeit und die Erlaubnis zum freien Aufenthalt in Russland war. Der Minister des Innern, Graf Tolstoi, wollte sich mit einem so schweren Verbrechen überhaupt nicht auf gegenseitige Verhandlungen einlassen, sondern verlangte zunächst, daß Tichomirov sich der russischen Regierung auf Gnade und Ungnade stellen sollte. Dann sollte ihm der Prozeß gemacht, und er sollte, wenn auch zum Tode verurteilt, nach Sibirien begnadigt werden, von wo aus er ein Gnadengesuch einreichen könne, über dessen Wirkung Bescheid erfolgen würde. Tichomirov wollte nicht auf solche Bedingungen eingehen, und so hätte sich die ganze Sache verzögert, wenn nicht Kaiser Alexander, der Wichtigkeit des Zwecks wegen, dem Tichomirov Strafflosigkeit und freie Rückkehr nach Russland zugesichert hätte. Tichomirov soll, wie es heißt, ein vollständiges Bekenntnis abgelegt haben und die wichtigsten Thatsachen enthüllt haben; er lebt jetzt ungehindert in Dvessa, kann reisen, wohnen er will, und nur der Aufenthalt in Petersburg ist ihm verwehrt. Seine Geständnisse sind sicherlich ebenso wichtig, wie es vor etwa acht Jahren die des Nihilisten Goldenberg waren, von dem es hieß, daß er sich in der Petersburger Festsung selbst entleert habe, der aber, wie gut unterrichtete Persönlichkeiten wissen wollen, ruhig in Amerika lebt.

Man schreibt aus Petersburg: Die russischen Schwurgerichte, die schon seit langem in zahlreichen Kreisen angefochten werden, haben vor Kurzem neuerdings den Gegenstand heftiger und keineswegs unbegründeter Angriffe gebildet. Innerhalb des Zeitraumes von nur wenigen Tagen haben nämlich die Geschworenen des Petersburger Bezirksgerichts in zwei Strafprozessen ein „Nichtschuldig“ ausgesprochen, obgleich die Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Verbrechen überwiegen waren und überdies ein vollständiges Schuldbekenntnis abgelegt hatten.

In dem einen der beiden Fälle stand vor den Geschworenen ein Diener des bekannten Generaladjutanten Lufkowsky, der dem Gekerkelten seines Herrn einen Betrag von nicht weniger als 38,000 Rubeln entwendet und diese Summe in einem der heftigen Klubs verpielt hatte. Das Verdict der Jury lautete auf Nichtschuldig; motiviert wurde dasselbe durch eine Erklärung des Dienermanns der Geschworenen, wonach die Jury die Überzeugung gewonnen hätte, daß der Angeklagte das Verbrechen in unzurechnungsfähigem Zustande ausgeführt habe, eine Auffassung, welche

den Aussagen der im Verlaufe des Prozesses vernommenen Sachverständigen vollständig zuwiderliefe. Noch greller war der zweite Fall, bei welchem es sich um drei Petersburger Postbeamte handelte, die überwiegen waren, während eines längeren Zeitraumes eine nicht unbeträchtliche Zahl der ihnen zur Verfügung anvertrauten Geld- und anderen Werthgegenstände veräußert zu haben. Trotz der erwiesenen Schuld und des vollen Bewusstseins der Angeklagten erfolgte auch diesmal ein freisprechendes Erkenntnis seitens der Jury mit der ungeheuerlichen Begründung, daß die Geschworenen sich der vom Verteidiger der drei Postbeamten zu deren Entschuldigung geltend gemachten Erwägung angeschlossen, daß die Gehälter der Angeklagten zu niedrige gewesen seien und dieselben sich somit in einer Nothlage befunden hätten.

Es war insbesondere dieser letzte Freispruch, durch welchen die vorausgesetzte Nothlage eines Beamten nicht etwa bloß als Milderungsgrund, sondern geradezu als volle Rechtfertigung einer von ihm begangenen Defraudation dargestellt wird, der in allen Kreisen das größte und peinlichste Aufsehen erregt hat. Es gilt denn auch als unbestreitbar, daß von maßgebender Stelle dieses Urtheil annullirt und die neuerliche Verhandlung des Prozesses vor einer anderen Abtheilung des Bezirksgerichts angeordnet werden wird. Es ist somit zu erwarten, daß dem allgemeinen Rechtsgedanken in Bälde Genugthuung geboten werden wird. Derartige Verdicts der russischen Geschworenengerichte befestigt immer mehr die Überzeugung, daß diese Jury-Institution in Russland, wenn auch vielleicht nicht zu früh eingeführt, so doch jedenfalls zunächst noch auf keiner gesunden Grundlage ruht. Man erwartet daher den Augenblick nicht als fern, wo eine durchgreifende Umgestaltung des Schwurgerichtswesens in Russland Platz greifen wird. Das Prinzip des Geschworenengerichts-Systems wird dabei hoffentlich gewahrt bleiben.

S. M. Schiffsingenieur-Schiff „Nre“, Kommandant Kapitän zur See Büchel, ist telegraphischer Nachricht zufolge am 18. April in Havana eingetroffen und beabsichtigt am 25. d. M. die Reise fortzusetzen.

München, 16. April. Anfangs Oktober 1887 ist bekanntlich der bayerische Bodensee-Dampfer „Stadt Linde“ mit einem österreichischen Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Die Schuld des Zusammenstoßes lag, wie die österreichischen Gerichte in dem gegen den betreffenden Kapitän durchgeführten Strafverfahren ausdrücklich festgestellt haben, ausschließlich auf der Seite des österreichischen Kapitäns, der denn auch zu einer entfindenden Freiheitsstrafe verurteilt und für unfähig erklärt wurde, weiter eine solche Stellung anzunehmen. Die bayerische Regierung hat nun bei der österreichischen Regierung ihre Schadenersatzansprüche geltend gemacht, bis heute ohne allen Erfolg. Ebenjowenig haben die Hinterbliebenen der bei dem Zusammenstoß Getödteten und die dabei Verletzten bisher keinerlei Entschädigung zu erlangen vermocht. Die österreichische Regierung rüft sich, von jeder moralischen Verpflichtung absehend, einfach auf eine Bestimmung des österreichischen Zivilgesetzes, wonach der Staat für Handlungen seiner Beamten nicht haftet. Die Frage wird jedoch nicht so ohne Weiteres auf sich beruhen können. Die bayerische Regierung strebt eine schiedsrichterliche Erledigung derselben an und die Privatbeteiligten werden die Hilfe der österreichischen Gerichte anrufen. Man sollte glauben, daß die österreichische Regierung in einem solch unglücklichen Falle nicht bloß auf ihr vermeintliches formelles Recht pochen würde, sondern auch den einfachsten Billigkeitsgründen Rücksicht angedeihen ließe.

Heilbronn, 17. April. Die Meldung der „Frankf. Ztg.“, gegen den Oberbürgermeister Hegelmair sei Untersuchung wegen Urkundenfälschung eingeleitet, ist durchaus unmaß. Die diebühnliche unbegründete Denunziation wurde vom Staatsanwalt zurückgewiesen. Hegelmair wird die „Frankf. Ztg.“ verklagen.

Nusland.

Amsterdam, 16. April. Wenn der vorgestern im „Staatsbl.“ veröffentlichte Bericht über die Krankheit des Königs den Eintritt einer verhältnismäßigen Ruhe und die Abnahme der Schmerzen feststellt, so darf dabei natürlich in keiner Weise an eine entzündliche Wendung zum Besserwerden gedacht werden, das Allgemeinbefinden wird dadurch in nichts verändert, im Gegenteil, man kann aus der Abnahme der Schmerzen und der eingetretenen Ruhe den Schluß ziehen, daß die Widerstandskraft des Körpers um einen bedeutenden Schritt rückwärts gegangen ist. Indessen sind die Schalten des „Staatsbl.“ mit Ernennungen und der Erledigung der bisherigen Rückstände gefüllt, und erst wenn diese vollständig aufgeräumt sein werden, soll, wie neuerdings verschiedentlich wird, die Königin zur Übernahme der Regentenschaft bereit sein. Damit in Zusammenhang steht wohl auch die Reise des Ministers des Innern in vergangener Woche nach Schloß Loos, denn die Nachbefugnis des Staatsraths geht mit dem 3. Mai zu Ende und vor dieser Zeit muß die Regentenschaftsangelegenheit geregelt sein.

Der vor wenigen Tagen gestorbene Bischof von Münster, Dr. Brinkmann, hat, als er in Folge des Kulturkampfes Deutschland verlassen mußte, verschiedene Jahre in tiefer Zurückgezogenheit und ohne daß er von den Zeitgenossen täglich mit ihm verkehrte, erlitten wurde, in dem Dorfe Krallings bei Rotterdam gelebt. Die Regierung wußte damals übrigens recht gut, wen sie beherbergte, und es sind ihm damals auch die im Fremdenbuch sehr genau formulierten Bedingungen mitgeteilt worden, unter welchen seinem Aufenthalte in den Niederlanden nichts in den Weg gelegt werden sollte. Diefelbe Warnung hatten seiner Zeit auch die verschiede-

